

## 142 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXVI. GP

---

# Bericht des Außenpolitischen Ausschusses

### **über den Antrag 129/A(E) der Abgeordneten Mag. Jörg Leichtfried, Kolleginnen und Kollegen betreffend Europabildung in Schulen stärken**

Die Abgeordneten Mag. Jörg **Leichtfried**, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 28. Februar 2018 im Nationalrat eingebbracht und wie folgt begründet:

„Jede Schülerin und jeder Schüler lernt, dass Österreich neun Bundesländer hat und Mitglied der Europäischen Union ist. Doch das Verständnis, Teil der Europäischen Union und somit auch Teil der europäischen Werte- und Rechtsgemeinschaft zu sein, ist keine Selbstverständlichkeit, sondern muss in einem permanenten Prozess gelebt und vermittelt werden. In diesem Sinne ist es von besonderer Bedeutung für Jugendliche, die EU unmittelbar erleben zu können und die europäische Demokratie kennen und verstehen zu lernen.“

Kein Schulbuch ist so lehrreich, wie die persönliche Erfahrung. In Form einer Exkursion nach Brüssel können Schülerinnen und Schüler einen Eindruck von der Europäischen Union und der Arbeit der EU-Institutionen gewinnen, der im Klassenzimmer nicht annähernd so vermittelt werden kann. Im direkten Gespräch mit Abgeordneten zum Europäischen Parlament können Jugendliche ein Gespür dafür bekommen, welche Bedeutung die direkt gewählte BürgerInnenkammer Europas, die immerhin über 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger vertritt, hat. Beim Besuch der Europäischen Kommission und des Rates können Schülerinnen und Schüler aus erster Hand erfahren, wie Gesetzesvorschläge zustande kommen, die Einfluss auf das Zusammenleben der europäischen Gesellschaft hat. All das macht die EU erlebbar und hinterlässt einen lebenslangen Eindruck. Aus all diesen Gründen sollte die österreichische Bundesregierung einen Vorschlag für ein Förderprogramm vorlegen, mit dem Brüssel-Exkursionen von Schulklassen finanziell unterstützt werden.“

Außerdem soll sich die Bundesregierung auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass Erasmus+, das europäische Programm für Bildung, Jugend und Sport, gestärkt wird und auch nach 2020 mit deutlich erhöhten Mitteln fortgeführt wird. Die Europäische Kommission hat unlängst Berechnungen vorgelegt, dass selbst mit einer Verdoppelung der aktuellen Mittel nur 7,5% der europäischen Jugendlichen eine Förderung erhalten könnten. Selbst bei einer solchen Verdoppelung würde der Anteil von Erasmus+ am EU-Budget nur knapp 2% erreichen. Die im österreichischen Budget vorgesehenen Mittel zur nationalen Kofinanzierung sollten gleichzeitig erhöht werden, um noch mehr Studierenden, Lehrlingen, Lehrkräften und Personen im Bereich der Erwachsenenbildung internationale Studien- und Berufserfahrung zu ermöglichen.“

Der Außenpolitische Ausschuss hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 09. Mai 2018 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Mag. Jörg **Leichtfried** und Dr. Reinhard Eugen **Bösch**.

Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Reinhard Eugen **Bösch** beschloss der Außenpolitische Ausschuss einstimmig, dem Präsidenten des Nationalrates die Zuweisung des gegenständlichen Entschließungsantrages an den Unterrichtsausschuss zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Außenpolitische Ausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2018 05 09

**Dr. Reinhard Eugen Bösch**  
Berichterstatter

**Mag. Andreas Schieder**  
Obmann

